

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Martin Schmidt, Fraktion der AfD

**Insolvenzgefahr in Mecklenburg-Vorpommern
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Am 18. Mai 2022 veröffentlichte die Allianz Research den „Global Insolvency Report“. Darin wird eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen vor allem in Westeuropa und insbesondere für das Jahr 2023 prognostiziert.

1. Hat die Landesregierung Kenntnis über die Anzahl der in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelten Unternehmen oder Niederlassungen von Unternehmen, die durch die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche Lage von einer möglichen Insolvenz in den kommenden zwei Jahren betroffen sein könnten?
Wenn ja,
 - a) wie hoch schätzt die Landesregierung das Potenzial an insolvenzgefährdeten Unternehmen ein?
 - b) wie viele Mitarbeiter sind in genannten Unternehmen aktuell beschäftigt?

Die Fragen 1, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Der Landesregierung liegt kein entsprechendes Datenmaterial über die Anzahl der Unternehmen vor, die in den kommenden zwei Jahren von einer möglichen Insolvenz betroffen sein könnten.

2. Wie schätzt die Landesregierung die Risiken einer drohenden Insolvenzwellen in Bezug auf die Gesamtwirtschaft und die Steuereinnahmen des Landes im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ein?

Der Landesregierung liegen zurzeit keine konkreten Anhaltspunkte für eine unmittelbar bevorstehende Insolvenzwellen vor. Allerdings sind von den nachteiligen weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der weiter bestehenden Corona-Pandemie (unter anderem Anstieg der Preise für Energieprodukte, landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe, hohe Inflationsrate, Lieferkettenprobleme) auch die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zum Teil erheblich betroffen.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes steht aufgrund des bundesstaatlichen Finanzausgleichs im Zusammenhang mit der deutschlandweiten Entwicklung der Steuereinnahmen. Die aktuellen Einnahmeplanungen des Landes basieren auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2022. Der Mai-Steuerschätzung 2022 lag die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zugrunde, in der implizit auch die Entwicklung von Unternehmensinsolvenzen abgebildet ist. Eine isolierte Einschätzung der Auswirkungen von Unternehmensinsolvenzen auf die Steuereinnahmen von Mecklenburg-Vorpommern ist nicht möglich.